

Zeitung



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurztzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Vorstand.
Red.: (im Anm. d. Handelt.) L. V. Dr. Swan v. Müller, Bin.
Zw. Mannschaften werden nur zurückgez., wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3665,
für den Fernverkäufer Amt Dönhofs 3688-3698. Telegramm-
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 566.

Brüning vor dem Reichsrat

Niemals vorher ist ein Steuerprogramm der Regierung unter so ungeschwächten Begleiterscheinungen vertrieben und begründet worden wie die neuen Steuervorlagen vom Reichsanwalt Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich vor dem Vereinigten Ausschuss des Reichsrats.

Das Reichsamt hatte zu dieser Sitzung die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder besonders nach Berlin geladen und durch einen Briefschiff verfügt, daß sie öffentlich abgehört werden sollte. Der Sitzungssaal des Reichsrats, der in dem sogenannten Kurvesträßchen des Reichstagsgebäudes liegt, rief für eine größere Versammlung nicht aus. Die Sitzung wurde deshalb in dem großen Saal des Reichstagsgebäudes verlegt, in dem der Hauptausfluß seiner Beratungen abgehalten wird.

Als um 10 Uhr mit den Mitgliedern des Reichsrats auch Abgeordnete des Reichstages und Vertreter der Presse in der Vorhalle dieses Saales erschienen, erwartete ihnen ein großes Gedränge. Der Reichsanwalt, ein Kompetenzkonflikt zwischen Reich und Ländern, den man nicht mit einem eifolgreichen Beitrag zu dem Entwurf der neuen Steuerreform wird legen dürfen. Die Sitzung der Reichsrats-Ausschüsse fand an sich verläufig. Die Reichsregierung, die vorzeitig erklärt, habe kein Bedenken, daß die Durchbrechung der Steuer zu verweigert. Was das Reichsamt betrifft, haben, daß Minister und Finanzminister vor unbegrenzter Öffentlichkeit sprechen — der Reichsanwalt hat sein Hausrecht und seinen Anspruch auf Vertraulichkeit. Benötigen im Prinzip; in der Praxis erzieht sich der Dogen des deutschen diplomatischen Korps, der braunfarbige Gesandte von Babel, als lebenswürdig und zugänglich. Die Sitzung begann vertraulich, um zu beschließen, daß während der Abwesenheit der Reichsregierung die Öffentlichkeit nicht in Kenntnis der Verhandlungen der Reichsregierung zu setzen. Das Interesse für die beiden Neben war so stark, daß unten im großen Plenarsaal die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums für eineinhalb Stunden unterbrochen wurde. Oben aber drängten sich die Vertreter der Länder und die Fraktionen des Reichstages an zusammen. Das äußerste Bedenken erweckte an die Zeit, da der parlamentarische Untersuchungs-Ausschuss über den Weltkrieg, legte Generalstaatsanwalt von Hindenburg und General-Landwehrdoff als Gegenargumente wurden. Von der dramatischen Bewegtheit seiner Berechnungen war heute freilich wenig zu spüren. Zusammen: der Reichsanwalt hat nicht oft ein

so aufmerksam lauschendes Auditorium gehabt, wenn auch der Inhalt der neuen Steuervorlagen keine Ueberzeugung brachte.

Die nächste Besetzung nach jener Teil der Rede, in dem der Reichsanwalt zu redigieren verfuhr, daß die Reichsregierung die schrittweise wirtschaftliche Entwicklung nicht vorausgesetzt habe, durch die der ursprüngliche Etat völlig umgeworfen wurde, jedoch jener, in dem er für die Annahme der neuen Steuervorlagen mit dem Argument plädierte, daß der Kredit Deutschlands nicht gefährdet werden dürfe, in dem Augenblick, da das Reich, von aller fremden Kontrolle

befreit, die erteilten Anweisungen zeigen müsse, seine Finanzen aus eigenem Willen und aus eigener Kraft in Ordnung zu halten.

Eine kritische Würdigung der Steuererträge und der Darlegungen des neuen Reichsfinanzministers wird nach folgen. In beiden Reden war die Tonart in Wohl angeklungen und bis zum Schluß befeholden. Nur mit zögerlicher Vorsicht ward die Möglichkeit angedeutet, daß die wirtschaftliche Weltkrise, deren Größe Deutschland so schwer zu spüren bekommt, ihren Schwerepunkt erreicht habe und daß sich ihm durch vielfältig freundlicher Aspekte öffnen werden.

Die neuen Deckungsvorlagen Zuschlag zur Einkommensteuer / Ledigensteuer Reichshilfe der Beamten / Abstriche im Etat

Die Reichsregierung hat die Mitte Juni dem Reichsrat übermittelten Deckungsvorlagen formell zurückgegeben und die neuen Vorlagen überreicht, die den Fehlbetrag von 484,4 Millionen im Etat für 1930 in folgender Weise decken sollen:

5 v. H. Zuschlag zur Einkommensteuer von allen Einkommen über 8000 M jährlich	88 Mill.
Ledigensteuer (weiterer Zuschlag zur Einkommensteuer)	110 "
Reichshilfe der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes (2 1/2 v. H. von hundertprozentigen Einkommen über 2000 Mark)	135 "
Verzinsung der Treiben bei der Tabaksteuer	48 "
Abstriche im Etat 1930, die im einzelnen der Regierung überlassen bleiben	100 "
Minderbeihilfe aus dem Etat 1929	35 "
	486 Mill.

Von dem Zuschlag zur veranlagten Einkommensteuer und der Ledigensteuer erhalten die Länder 5,5 "

Weichen dem Reiche 480,5 Mill. Der zu deckende Fehlbetrag beträgt: bei der Arbeitslosenversicherung (nach

der Beitragserhöhung)	174 Mill.
bei der Rentenversicherung	150 "
Niedernahme der Kosten, die der Arbeitsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung für die Rentenversicherung entstehen	11 "
an Minderbeihilfen bei den Steuern	149 "
	484,4 Mill.

Zur Deckung stehen noch zur Verfügung Minderbeihilfen von 11 Millionen bei den Rößen aus der Begrenzung der in Starkehung zu nehmenden Einkünfte. Im übrigen sollen vom Reichstage noch einige Ausgabe-Erhöhdungen wieder rückgängig gemacht werden.

Zustimmung im Reichsrat

Aus der Sitzung des Reichsratsausschusses ersehen wir, daß der preußische Ministerpräsident und im Hinblick daran auch die Vertreter der meisten anderen Länder dem Deckungsprogramm der Reichsregierung grundsätzlich zugestimmt haben, mit Ausnahme einzelner Vertreter, die (wie Bayern) eine härtere Beteiligung der Länder an den erhöhten Reichseinkommen verlangen.

Flaggenkonflikt im hohen Norden Reinliche Zwischenfälle bei der Inselfeier

Reykjavik, 28. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Wie hoch in das nordliche Eismeer ist das Gangangium vom Selbst-Hammangarschl der Wälder gedragen und mit sich führen ersten und höchsten Feiern aus sich feinen und feinsten Empfindlichkeiten mitgebracht. Es ist sich die isländische Johnstahnenfeier nicht ohne Mission zu Ende gegangen.

Die Inseln sind fast auf ihre unterirdischen Selbstständigkeit von Dänemark, mit dem es nur noch durch die Reich des Königs verbunden ist. Diese Verbindung der Unabgängigkeit wird natürlich von den Dänen nicht immer angenehm empfunden, und als nun gar bei der Rede des Reichpräsidenten des dänischen Festung auf der Reitertribüne die dänische Flagge fehlte, während die Landesflaggen oder anderen Colordnen bei ihren Antritten immer hochgezogen werden, wozu der Däne sofort wieder die Flaggen und auch der dänische Offiziere soll vom Festhof genommen sein. Es war ein Versehen, da der isländische Ministerpräsident hat sich sofort bei König Christian und Ministerpräsident Manning entschuldigt. Ungefährliche Ereignisse sind gleich darauf ein zweites für die Dänen unerwarteter Flaggenwischenfall.

Als der Vertreter der Faroeer-Inseln, die trotz langjähriger Selbstständigkeitsbestrebungen noch ein integraler Bestandteil des dänischen Reichs sind, die Reitertribüne betrat, ging die „fa-

roer-Flagge“ hoch, die sogenannte Selbstständigkeitsflagge, die in Dänemark vorzüglich ebenfalls noch als Symbol des Schwerepats gilt. Die Empörung der anwesenden Dänen war allgemein. Sie bestanden auf die Entfernung der „faroeer-Flagge“, die auf ihr Verlangen aus dem Flaggenmast vor dem Quartier der ausländischen Gäste heruntergeholt werden mußte, wo sie bis dahin luftig zwischen den bunten Wimpeln aller Nationen geflattert hatte.

Rehl ist frei

Karlsruhe, 28. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Die letzten französischen Kruppen haben Sonnabend vormittags das letzte badische Gebiet im Reiter-Präsidiumsgebiet verlassen. Nachdem bereits vor einigen Tagen der größte Sohn auf der badischen Seite der Rheinbrücke entfernt worden war, wurde am Sonnabend früh die letzte Truppe auf badischem Gebiet unter militärischen Überwachungen eingeholt.

Nach einer kurzen Ansprache des Generalstaatsanwalts bezog letzte sich das letzte französische Bataillon im Reiter-Präsidiumsgebiet in Nord und marschierte über die Rheinbrücke nach Straßburg. An der Rheinbrücke hielt sich zu der historischen Stunde zahlreich deutsche Publikum eingehenden. Beim Vorbeimarsch an den deut-

lichen Zollbeamten und Gendarmen lenkten die Offiziere den Degen zum Abschiedswort. — Um 10 Uhr hatte der letzte französische Soldat — mit Ausnahme der Mitglieder der gemischten Abnahme-Kommission für die verbliebenen Reiter-Präsidiumsgebiete — das badische Gebiet verlassen.

Reichsfinanzminister Dietrich, der der erste Bürgermeister von Rehl nach der Erhebung zur Stadt war, hat an den Bürgermeister von Rehl folgende Telegramm geschickt: Angehends der Vereinerung Rehl von der jährlichen französischen Besetzung gebente ich der bestigen Bedrückungen herzlich und Bitte Sie, meine wärmsten Glückwünsche entgegenzunehmen.

Befreiungs-Salut

Das Berliner Bachregiment der Reichswehr wird zur Feier der Rheinabdrückung am 1. Juli, vormittags 11.30 Uhr, im Aufgaren einen Salut von 21 Schuß abfeuern.

Ernstle Streiklage in Südspanien

Madrid, 28. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Arbeiterbewegung, die mit dem Generalstreik in Sevilla einsetzte, nimmt allmählich einen beunruhigenden Charakter an. In Malaga, in Granada und in Cordoba ist gleichfalls der Generalstreik ausgerufen worden. Zwar haben ein Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, doch glaubt man, daß das Generalstreik der revolutionären Arbeiterfront für den ersten Juli einen Generalstreik für ganz Spanien plant. Die Regierung erklärt, daß sie auf alle Generalstreiks gefaßt ist.

Die Krise im Reichswort

Reichsanwalt Dr. Brüning begann mit der formellen Erklärung, daß die früheren Deckungsverträge durch neue Verfügungen ersetzt werden. Zu der Frage, warum die Regierung zwei Monate nach der Einleitung der Stellenlage mit neuen Verfügungen komme, sagte er:

„Als die neue Reichsregierung gebildet wurde, hat sie den Etat und die Entschädigungen des früheren Kabinetts übernommen. Diese Entschädigungen waren zu einer Zeit ausgestellt, deren Wertmalte auch nicht gering waren für die Veranschlagung, aber mit ganz anderen wirtschaftlichen Umständen, als sie jetzt bestehen. Die Entschädigungen waren zunächst darauf angelegt, daß die Young-Anleihe sehr viel früher abgerufen kommen würde, und daß man damals von der Platzierung der Young-Anleihe unmittelbar eine erheblichen Aufschwung der Wirtschaft, namentlich in Deutschland erhoffte.“

Die Reichsregierung ist jedoch nicht frei von einem anderen internen Capitulat in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage gekommen. Wie sie heranzuging an die Aufgaben die außerhalb der Deckungsverträge des April liegen, nämlich die finanzielle Sanierung der Arbeitslosenversicherung, wurde bei der Beurteilung der Wirtschaftslage klar, daß wir es nicht mit einer vorübergehenden Milderung zu tun haben, sondern, daß wir uns wirtschaftlichen Schwierigkeiten stellen, wie sie in dieser Eigenart in der letzten Zeit noch nie vorgekommen sind. Die Reichsregierung hat internen Schwierigkeiten aufstellte, herrschte noch ein gewisser Optimismus in den Vereinigten Staaten, auch bei den amtlichen Stellen. Es hat sich aber gezeigt, daß dieser Optimismus nicht begründet ist, und daß vielmehr damit zu rechnen ist, daß namentlich in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosigkeit und die Erschütterung der Wirtschaft für viel längere Zeit dauern wird, als man bisher geglaubt hat.“

Die Krise der Wirtschaft hat sich auf ganz neue Höhen gehoben. Ich erinnere an die außerordentliche Arbeitslosigkeit und den Rückgang des Außenhandels in Japan, an die Auswirkungen der Unruhen in Indien. Überall ist festzustellen, daß eine Arbeitslosigkeit eingetreten ist, in den Monaten einer Welt, in denen normalerweise die Arbeitslosigkeit erheblich zurückging. Ich darf abschließend feststellen, daß im Vergleich zu anderen Völkern die Lage auf dem Weltmarkt in Deutschland nicht so ungünstig ist, wie vielfach angenommen wird. Trotzdem müssen wir bei der Beurteilung der Lage der Reichsanwalt für Arbeitslosenversicherung zu einer erheblich höheren durchschnittlichen Arbeitslosenquote kommen, als das noch zwei Monate vorher der Fall war. Die Verrechnungen beruhen jetzt auf der Durchschnittsziffer von 1,6 Millionen Arbeitslosen. Es ist von der Lage auf dem Weltmarkt, die diese Ziffer durch die Maßnahmen der Reichsregierung im Laufe dieses Jahres tatsächlich durchgehalten wird.“

Die Reichsregierung muß auf dieser vorläufigen Schätzung aufbauen, bevor demnach, ein neues Deckungsprogramm aufzustellen. Mit der Weltwirtschaftskrise ist verbunden eine internationale Veränderung des Preisniveaus auf der ganzen Welt, ein wichtiger Abwärtsschritt in den Einzelhandelspreisen, die von einer vollkommen veränderten Bewertung der wirtschaftlichen Gesamtlage abhängt. Ich will nicht darauf eingehen, welche Gründe dafür vorhanden sind, auch nicht auf die Schätzungen und Verrechnungen, daß dieses Preisniveau weiter noch für einige Zeit feststehen bleiben wird, und daß die Preise allgemein die Tendenz haben, weitestens die Großhandelspreise, auf dem Niveau der Fortschrittsgänge zurückzugehen. Das sind nun großen Zeit heute noch zu erwarten. Ich werde die Frage nicht richtig beurteilen, wie noch zu erwarten ist, eine erhebliche, wenn nicht vollständige Umwälzung der Preise und der zünftigen Entwicklung eingetreten ist.“

Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß für die gesamte Wirtschaftsentwicklung und damit auch für die finanziellen Einnahmen des Reiches die Preisentwicklung von ganz ungeheurer Wichtigkeit ist. Die Spanne zwischen Produktionspreisen, Rohstoffpreisen und Verkaufspreisen ist ganz außerordentlich geworden. Es ist ganz klar, daß jede Reichsregierung, die sich in irgendeinem Lande der Welt angestellt diese Aufgaben ganz möglich vor außerordentlich wichtige Aufgaben gestellt sind wird.“

Keine normale Krise

Ich darf noch bemerken, daß die Lage auch deswegen erheblich mehr ist, weil eine Reihe von Vorfällen, auch bei industriellen Kreisen eine weitere Solidarität vornehmen zu müssen, um damit ein Mittel zu finden, die drohenden Gefahren aus der gefährlichen Entwicklung für ihre eigene Industrie abzumehren.“

„Wies in allem möchte ich feststellen, daß wir es nicht mit einer normalen Krise zu tun haben, sondern mit einer Krise, die ungeheure Aufgaben auf allen Gebieten schafft, und deren Überwindung eine Lebensnotwendigkeit und Schlüsselfrage des deutschen Volkes ist.“

„Zu der Verfügung, die Entschädigung auszulassen, lehnte der Reichsanwalt mit folgender Begründung ab.“

„Entsprechend dem dem Kredit des Reiches und dem Ansehen jeder Reichsregierung ist es in erster Linie, nicht getreilt wird an dem Schuldentilgungsplan, der nach der lex Schuld nur im Bedarfsfall aufgestellt ist. Diese Aufgabe auf irgendeinen längeren Zeitraum durch Ausänderung des Schuldentilgungsplanes zu verschieben, würde in der gegenwärtigen unruhenreichen Zeit erschweren und den Glauben an den ernstlichen Willen des deutschen Reiches zur Sanierung seiner Finanzen, es nicht, auch im Zentrum Deutschlands zu einer bedeutenden Vertrauensschwächung führen. Denn man darf nicht unterschätzen: trotzdem unter Finanzangehörigen früher überhandt wurden von dem schwereren Ringen um den Youngplan, hat ein hohes Stellenfeld eine Entschädigung des Vertrauens im eigenen Volk herbeigeführt. Das ist keine Schuld der damaligen Regierung gewesen, die zur Zeit von Anleihenherausgabe nicht nicht, auch durch die Bewältigung des Reichsregierung, das Stellenfeld geht hat. Aber ich möchte bemerken, daß meine: Schließen wir noch einmal die schicksalvolle Sanierung der

Finanzen auf, dann ist es möglich, daß wir in einem späteren Zeitpunkt die weiteren internationalen Finanzverhandlungen ebenfalls haben, wie die Sachverständigen nach Paris gegangen sind, nämlich daß, wenn uns Forderungen gestellt werden, wir wegen unserer Finanzlage nicht imstande sind, eine Forderung abzulehnen, sondern gewarnt sind, nachzugeben.“

„Daß das Ziel und das Programm der Reichsregierung auf lange Sicht hinaus die immer weitere Freiheit von der Kontrolle zu erhalten und zu sichern, auch die ökonomische Freiheit für die nächsten Jahre zu stabilisieren, doch der Übergang von dem früheren System der Kontrolle zur Freiheit der Finanzgebarung von deutschen Volke nicht vollkommen verstanden wurde, braucht nicht zu verwundern, aber es ist eine Pflicht und eine Aufgabe der Reichsregierung, darauf aufmerksamer zu machen, und vor allem Augenblick an mit jedem Willen dafür zu sorgen, daß die Konsequenzen dieser Freiheit in dem Zustand der parlamentarischen Körperlichkeit eingehen.“

Und nun möchte ich noch ein Weiteres sagen zu den Plänen einer Verdrückung. Sie wissen, daß die Summen, die für den Zahlungsbefehl in den Etat eingestellt sind, wenn sie ihren Zweck erfüllen, und die eingezeichnet Summen für die nächsten Jahre auf grundsätzlichen Finanzregeln beruhen werden werden. Neben wie so weit, daß wir jetzt die Tilgung werden aussetzen, können wir auch in der Situation, wo Jahr für Jahr ein Sanierungsprogramm aufgestellt wird, aber die Bedingungen, die gemacht werden, nicht durchzuführen sind. Das ist auch entscheidend für die politische Entwicklung Deutschlands, weil sie festhalten an der unabhängigen Verwirklichung dieser Fonds für die Finanzanlage und für die Umstellung des Finanzsystems, wie es die Reichsregierung für den Herbst vorbereitet.“

„Ich füge hinzu, daß der Plan, ein abstraktes Ziel, abstrakt und ohne weiterentwickeltes Finanzziel die Voraussetzung ist, daß die übrigen Maßnahmen der Reichsregierung zur Beherrschung der wirtschaftlichen Lage durchgeführt werden können.“

Was ist das Programm, wenn es nicht gelingt, die Kredite zur Durchführung zu bringen? Was ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das dem getrennt der Reichsarbeitnehmer im Reichstag geordnet hat, wenn der Glaube an die Kreditfähigkeit des Reiches und an den Erfolg des Finanzregimes erschüttert wird? Diese Abhandlung des Reichs ist die Voraussetzung, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Und alles, was versucht wird, wird ein Schlag ins Wasser sein, wenn es nicht gelingt, die notwendigen Summen von den parlamentarischen Körperlichkeit zu erhalten.“

Die Haßgebete vor dem Staatsgericht

„In dem Streitverfahren zwischen dem Reich und dem Lande Thüringen wegen der Einführung der politischen Schulgebote hat der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Termin zur mündlichen Verhandlung auf Freitag, 11. Juli, vormittags 9 Uhr, im Gebäude des Reichsgerichts in Leipzig festgesetzt. Das Reich wird in dieser mündlichen Verhandlung vertreten sein durch Staatsrat Dr. Geyer, Professor der Theologie an der Universität Köln, und den Präsidenten Dr. Mauchthal, Professor der Theologie an der Universität Münster in Bielefeld.“

Der Groß-Kreuzer Mörder verhaftet

Sein letztes Deutsch verriet ihn

In Hohen-Blasow bei Güterbog ist gestern ein Wanderbursche verhaftet worden, auf den genau das Signalement des Mörders von Groß-Kreuzer paßt. Anfang des Monats hatten zwei Landstreicher in Groß-Kreuzer bei Brandenburg, wie wir berichteten, einen Landwirt, bei dem sie betteln wollten, überfallen und durch Schussverwundung tödlich verletzt, daß er starb. Auch der für vorfolgende Landwirt war erheblich verwundet worden. Einer der Burschen, ein Polak, wurde noch einigen Tagen gelobt und ließ die Schuld, besonders die tödliche Schuß auf seinen Bruder. Seitdem war die ganze Landstreicher der Jagdobjekt vertrieben, bis der Verbrecher zu ermitteln.“

Wochen fort nun ein Landstreicher, der mit zwei Kameraden den Weg abschloß, bei Schön-Blasow einen Wanderburschen von unbekannter Herkunft, mit langem Haar, brauner Wäsche, braunem Mantel und Hut, und Stutzen. Es war dem Landstreicher verdächtig, daß er die deutsche Sprache nur rudimentar konnte; er behauptete aber, Deutsch aus Ostpreußen zu sein. „Du bist der Landstreicher, den uns unterwerft, wo haben Sie Ihren Revolver?“ „Infinis quo reijfend, bei dem Mann in die Gefäßtasche und bring in das nahe Rostfeld. Es war ihm aber entgangen, daß hinter ihm auch Landstreicher zu Verstecke ergriffen. Einer sprengte ihm nach, verfolgte ihn, bei Schön-Blasow, brachte ihn dazu, die Hände hoch zu halten und ließte ihn. Im Rostfeld wurde man einen Maggierrevolver mit Patronen aus Wärfelstehenden. Die Legitimationspapiere ergaben, daß der Verhaftete ein gewisser Augustin aus Czajkowo bei Wecho kam; Er wurde dem Vortreiber Anstaltig zurückgeführt, laugnete jedoch vollständig jede Beteiligung an dem Groß-Kreuzer Mord. Heute nachmittag wird er seinem verhafteten Komplizen gegenübergestellt werden.“

Die Verheizen

Auf dem Amtsanwalt in Willanden in Ostpreußen kam es auf die Frage der Amtsanwalterung eines 300 Morgen großen Ouders an fremden Händen. Ein hundert Büschen warfen den Tisch der Monats um, befehligen seine Rechte mit Sten und bedrohten Vieh und Landwirt. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußte eine Abteilung von Landwirten herbeigeführt werden, die die Büsche für die Luft befreidete.“

Ich weise vor allem darauf hin, daß diese Notwendigkeit auch die Voraussetzung für das Arbeitsfrageprogramm der Reichsregierung ist. Wir haben uns zunächst bemüht, dem Osten und der Landwirtschaft Hilfe zu bringen, um die Wirtschaft wiederzubeleben. Der Komplex der gelesenen Maßnahmen innerwirtschaftlicher Art, der jetzt noch zum Teil im Reichstag für ökonomische Zwecke vorliegt, muß abgeschlossen werden durch ein Finanzbeschaffungsprogramm, das die Reichsregierung in den nächsten Tagen vorzubereiten wird. Dann wird die internen Fragen für die Landwirtschaft im wesentlichen abgeschlossen.“

Dann kommt eine andere Frage, die uns Sorge macht, das gesamte Städteproblem und die Sicherung der Finanzlage der Reichsbahn. Auch hier ist der ganze Ernst der Lage in der Öffentlichkeit zu unserem Bedauern nicht voll erkannt worden. Die Reichsbahn trägt für 20% in diesem Jahre auf 500 Millionen. Das hat natürlich zur Folge, daß wenn man nur daran denkt, es durch eine Erhöhung der Tarife abgeben, um die Mittel zu dem kommen können, was wir unbedingt wollen, nämlich zu einer Erleichterung der Wirtschaft und zu einer Senkung der Produktionskosten. Dabei handelt es sich darum, daß wir das gesamte Städteproblem auf der Seite und auf der Seite gegenüberüber abstimmen und dazu helfen, die Erhebungen in der Lage für diese Verhältnisse zu erfüllen, die darunter bei der schwebenden Wirtschaftslage zu neuen Schwierigkeiten zu kommen und dann wiederum die Wirtschaft mehr zu belasten und die Arbeitslosigkeit zu fördern.“

Dann kommt das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Mein physiologisch ist es notwendig, ein solches Programm einzurichten und durchzuführen. Denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die Tendenz der Reichsregierung auf Senkung der Preise und der Produktionskosten einen Erfolg haben kann auf lange Sicht gesehen, wenn man nicht ein gewisses Ausmaß an Arbeitsbeschaffung, besonders Werke der Auftragsbestellung, langlosam macht und der Erfolg gerade der rationalisierten Wirtschaft auf diese Art und Weise durchgeführt werden kann. Es kommt hinzu, daß auch für die Behebung des Preisniveaus in der Bevölkerung es von entscheidender Bedeutung ist, daß dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm, das weder den arbeitenden noch den außerarbeitenden Etat belasten kann und wird, durchgeführt wird. Auch in der Übergangszeit, das es gelingen wird — zu einer langamen Besserung der Wirtschaft zu kommen mit jenen Mitteln, die selbstverständlich von nonhaltigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sehr kritisch betrachtet werden. Aber in einem Augenblick wie dem jetzigen ist auf diese Mittel nicht zu verzichten, zumal für die Reichsregierung die Möglichkeit bieten, im Zusammenhang mit der Vergebung der Aufträge der Arbeitsbeschaffungsprogramms zu einer weiteren Senkung der Preise zu kommen.“

Und ich darf darauf aufmerksam machen — ich bin ich die heutige Krise vergleiche mit der Krise von 1926, die zu weitestenden eine partielle Krise Deutschlands war und deswegen verhältnismäßig leicht überwinden werden konnte, weil die übrige Welt aufnahmefähiger war —, daß man sich damals nicht entschlossen hat, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm (überdies mit Mittel, das außerordentlich kostbar war, mit unter seinen Umständen wiederholt werden) aufzubauen. Wir aber sind unter allen Umständen verpflichtet, jetzt dieselben Maßnahmen mit anderen Methoden, ohne Erschütterung und Belastung des Etats durchzuführen.“

Daß die Deckungsprojekte der Reichsregierung nicht populär sind, darüber ist sich die Reichsregierung selbst klar gewesen. Aber was man möglich an Deckungsmöglichkeiten — Eine Deckung durch Anleihen kam auch nach Ansicht des Reichsanwaltes nicht in Frage, weil die Reichsregierung, die die Deckung durch weitere Erhöhung der indirekten Steuern brachte ganz große Gefahren mit sich. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer in einem Augenblick, wo eine Preisfallensituation durchgeführt werden soll, ist ganz ausgeschlossen. Eine Erhöhung weiterer indirekter Steuern ist angeht die zurückgehenden Konsums ebenfalls ausgeschlossen. Es blieb also nichts anderes übrig, als Einnahmen zu finden, die einen absolut fixierten Faktor darstellten und nach der finanziellen Seite hin keine Schwierigkeiten für die Zukunft bringen konnten.“

Die Reichsbilfe der Beamten

Ich will hier nur noch ein hervorheben, nämlich die 135 Millionen, die durch den bis auf den 1. April begrenzten Beitrag, die Reichsbilfe der Beamten, gebildet werden sollen. Der Grund, aus welchem die Reichsregierung zu diesem formal leicht zu treffenden Vorstoß gekommen ist, ist ein physiologischer, aber auch ein rein etasmäßiger — physiologisch: angeht der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Tendenz zu einer weiteren Senkung der Preise, es noch für eine Zeit lang zu verhindern, wenn man all die Kosten einer ungenügenden weltwirtschaftlichen Konjunktur ausschließlich auf einzelne wenige Schichten werfen würde.“

Ich bin der Überzeugung, daß die Beamtenchaft im Lande selbst einsehen wird, daß dieses Opfer, das sie bringen soll, im Rahmen all der Opfer, die den verletzten Berufsständen zugemutet werden, notwendig ist, wenn sie sich nicht weiter verschlimmern wollen. Sie werden wollen Ertrag für den Staat, gerade eine solche befristete Form einer Ertrags aus dem Personalangelegen für die Beamtenchaft zweifellos die mildeste überhaupt anzunehmende Form ist.“

Kein Aufschub!

Zusammenfassend muß ich erklären, daß die Reichsregierung in diesem Deckungsprogramm festhalten muß, auch in seiner zeitlichen Ordnung. Sie muß nicht einen Augenblick zögern. Sie muß es tun, wenn nicht das Beste passieren soll, was sich in den vergangenen Jahren oft ereignet hat, daß man nämlich durch die Aufhebung von unbedingt sofort notwendigen Deckungsmaßnahmen die Situation für die spätere Zeit erheblich erschwert hat. Sollte man beispielsweise im vorigen Jahre die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsgelder ohne im Juni vorgenommen, so würde das Bestat der Reichsanwalt nicht jetzt durch eine

